

## Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 26. März 1936

Beginn vormittags  $\frac{1}{2}$  9 Uhr.

Anwesend alle Abgeordneten.

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und über Einschreiten des Abg. Basil Vogt eine Berichtigung angebracht, sodann genehmigt.

### 1. Gesetzesentwurf für Gassner Josef, Triesenberg.

Regierungschef betont, dass er in einer früheren Sitzung in Aussicht gestellt habe, diesen Entwurf auszuarbeiten, er sei jedoch an einer

Frage gescheitert und zwar wegen der rückwirkenden Wirkung und es sei im speziellen Falle eine grobe Einmischung der Volksvertretung in gerichtliche Verfahren.

Dr. Schädler wünscht, dass inskünftig alle Gesetzesentwürfe frühzeitig in die Hände der Abgeordneten gelangen.

Der Landtag beschliesst noch die Sachverhaltsdarstellung und das Gutachten des Landgerichtes abzuwarten. Letzteres soll über die Auswirkungen der Rückwirkungen Geltung Aufschluss geben.

### 2. Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof.

Dr. Schädler schlägt Alois Batliner von Eschen vor.

Abg. Hasler macht einen Gegenvorschlag mit Josef Marxer, Gamprin.

Dr. Schädler erblickt darin eine Sabotage ihres Vorschlages.

Hasler stellt fest, dass er diesen Vorschlag ganz aus sich und aus der Erwägung gemacht habe, weil Müssner auch von Gamprin war und er glaubte, es sollte wieder ein Gampriner gewählt werden.

Dr. Schädler bemerkt, dass er vermutet habe, dass unser Vorschlag planmässig nichtig gemacht werden wolle.

Elkuch macht einen Kompromissvorschlag mit Altvorsteher Marxer in Eschen.

Präsident ratet von einem Zufallsvorschlag ab und glaubt, die Diskussion abbrechen zu können, nachdem gegen den Vorschlag der Union keine Bedenken vorgebracht werden.

### 3. Wahl der Verwaltungsbeschwerdeinstanz.

Gegen Präsident und dessen Stellvertreter wird nichts vorgebracht

Das alte Mitglied Joh. Schädler, Triesenberg Nr. 117 wird von der Bürgerpartei wieder vorgeschlagen.

Dr. Schädler schlägt als weiteres Mitglied Schlossermeister Rudolf Matt in Mauren vor.

Der Vorschlag wird akzeptiert.

#### 4. Neubestellung der Nachtwächterstelle im Regierungsgebäude.

Regierungschef weist darauf hin, dass grosse Werte im Hause deponiert sind, was er im offenen Landtage nicht allzusehr betonen möchte. Die Regierung möchte nicht, dass ihr Vorwürfe gemacht würden, wenn eines Tages etwas passieren sollte.

Die Angelegenheit soll im offenen Landtage behandelt werden.

#### 5. Wahl der Gemeindegesundheitskommissionen.

Dr. Schädler wünscht eine Umstellung der bisherigen Mitglieder in Triesen und Balzers.

Heidegger bemerkt, dass Andr. Nägele auch amtsmüde sei.

In Triesenberg wird für Abg. Beck Joh. auf seinen Vorschlag Anton Schädler 181 als Stellvertreter bestimmt.

In Ruggell soll für Wilhelm Oehri über Vorschlag Dr. Schädlers Emil Biedermann gewählt werden.

#### 6. Strassenbau in Triesen.

Heidegger gibt über Ersuchen des Abg. Hoop den Standpunkt der Gemeinde bekannt. Die einberufene Bürgerversammlung habe den Wunsch ausgesprochen, es möchte die Strasse über die Litzenen geführt werden, um der Firma Jenny-Spörry nicht zu nahe treten zu müssen. Sie würden sich auch fügen, wenn die Strasse durch das Gut der Firma geführt würde, nur sollte raschestens mit der Arbeit begonnen werden, da die Arbeitslosigkeit in Triesen gross sei. Der verstärkte Gemeinderat sei nicht bestimmend in der Führung der Trasse, da es Landes-sache sei.

#### 7. Gesetz betr. den Nachlassvertrag.

Ueber Wunsch der Gewerbegeossenschaft soll dieser Entwurf vor der endgiltigen Behandlung noch derselben zur Stellungnahme unterbreitet werden. Es wird eine einmalige Lesung vorgesehen, damit die Öffentlichkeit Gelegenheit hat, die Angelegenheit zu erörtern.

#### 8. Bedürfnisklausel im Bäckergerwerbe.

Auch hiezu wünscht die Gewerbegeossenschaft noch Stellung zu

beziehen, welchem Ersuchen entsprochen wird. Allgemein herrscht zwar die Meinung vor, dass die Gewerbegeossenschaft die Bedürfnisklausel bejahen werde, dass es jedoch nicht gut verantwortet werden könne, dem Antrage zuzustimmen, da es zu weit führen würde.

#### 9. Ehrenbeleidigende Aeusserungen gegen Landtagsabgeordnete.

Präsident erwähnt, dass am Tage der 2. Landtagswahl beleidigende Aeusserungen über Abgeordnete mit Ausnahme der Unionsmitglieder gefallen sein. Es frage sich, was man zu tun gedenke und ob die Sache in den offenen Landtag gezogen werden solle.

Büchel und Vogt Georg wünschen eine Behandlung im Konferenzzimmer.

Ospelt verlangt, dass solche Schimpfer zur Rechenschaft gezogen werden.

Dr. Schädler: Ich habe den Vorschlag gemacht, dass dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung des Landtages genommen werde aus dem Grunde, weil an Stich- und Wahltagen viele Aeusserungen fallen, die man nur einer gewissen Leidenschaftlichkeit zuschreiben müsse. Es würde zu weit gehen, wenn jeder Biertisch und Strassengänger kontrolliert werden müsste. Auch fallen solche Beleidigungen beiderseits. Wir haben unsererseits nichts unternommen, solche Ausdrücke zu sammeln.

Präsident: Im Interesse der Volkserziehung und der Moral dürfte man einen schärferen Standpunkt einnehmen. Die Behörden haben eine gewisse Verpflichtung hiezu. Es schadet nichts, wenn auf eine gelinde Art und Weise Satisfaktion verlangt wird. Es ist keine besondere Ehre, ~~mit~~ Lausbub und Hottentott genannt zu werden.

Vogt Basil: Ich habe in der FK erwähnt, dass jene Schreiberei, die die Bürgerpartei leitete, auch nicht rühmend gewesen sei. Wenn die Sache schon behandelt werden soll, dann ist es gescheiter, wenn es im offenen Landtag behandelt wird, dann soll es das ganze Land wissen.

Hoop spricht sich für eine Verolung der Angelegenheit aus.

Beck Jos.: Ich habe die Meinung, dass es kleinliche Sachen sind.

Heute ist das ins Volk verwachsen, da man jahrelang in der Presse Lügner ausgeteilt hat. Die Schuld kommt von oben herab. Es sei in das junge Volk eingepflanzt. Zuerst sollte man mit den Zeitungen Ordnung machen.

Präsident: Es ist nichts empfehlenswert, das zu entschuldigen. Wenn es heute heissen würde, die Mitglieder der Union seien Hottentotten etc., so würde auch ich mich als Mitglied des Landtages belei-

digst fühlen.

Dr. Schädler: Ich bin auch dafür, dass man darauf hinwirken soll, dass eine Reinlichkeit und Sauberkeit auf allen Linien eingehalten werde, aber es sind Druckerzeugnisse durch die Presse weitergeschleppt worden, die anonym waren und auch nicht einwandfrei waren. Wenn man diesen Weg der Ehrenbeleidigung offen lässt, dann kann man nicht verstehen, dass man jedes andere leidenschaftlich gesprochene Wort auf die Waagschale legt. Ich verurteile das Angebertum, um persönliche Vorteile für sich zu erringen.

Präsident: Ich verurteile auch die Ohrenbläsererei. Wenn diese Leute, nachdem sie Kenntnis von der Bekanntgabe an den Landtag hatten, eine Erklärung des Bedauerns oder eine Rechtfertigung zu Händen des Präsidenten hätten gelangen lassen, dann hätte ich die Sache in Ordnung befunden. Nunmehr hat der Landtag Kenntnis und er kann nicht ohne weiters darüber hinweggehen.

Risch Ferdi: Ich glaube, wir sind alle der gleichen Meinung, dass gegen diese vorgegangen wird, denn sonst könnten unsere Kollegen keine Freude haben, neben uns zu sitzen. Dann wären auch sie nicht besser als wir.

Beck Joh.: Daran sollte man einstimmig sein, dass man solche Sachen verurteilt.

Dr. Schädler: Ich möchte noch erklären, dass die Vaterländ. Union sich mit den Ausdrücken dieser Beleidiger nicht indentifiziert und auch keine Veranlassung gefunden hat, sich mit diesen Leuten in Verbindung zu setzen.

Reg. Chef: Die Polizei hat es zur Anzeige gebracht und ich habe es für meine Pflicht gehalten, dem Landtage hiervon Kenntnis zu geben.

Dr. Schädler: Ich habe mit Georg Vogt gesprochen bzw. er ist zu mir gekommen und er hat betont, dass er diesen Ausdruck nicht getan habe.

Ospelt: Wenn sie auf den Strassen herum sehen so herumziehen und so herumhausieren, das gehört sich nicht. Wenn der Landtag das ohne weiters annimmt, dann ist er nichts wert.

Vogt Basil: Wenn man aber mit diesen Schandplackaten herumhausiert, das ist dann nobel. Das ist hundsgemein, Männer mit solchem Dreck zu bewerfen, die unbescholten sind. Das ist nobel. Ich hätte noch so

ein hundsgemeines Schandplakat im Sack.

Ferdi Risch weist auf die verlogenen und die gemeinsten Broschüren anlässlich der Proportabstimmung hin.

Beck Jos.: Ich bin der Meinung, dass die, welche sich beleidigt fühlenklagen sollen.

Präsident: Ich hätte die Solidarität des Landtages erwartet. Ich würde der erste sein, der gegen Mitglieder der Bürgerpartei vorgehen würde, wenn derartige beleidigende Aeusserungen gegenüber Unionabgeordnete fallen würden. Ich hätte mir vorgestellt, dass sie eine Erklärung abgeben müssen. Ich für meine Person lasse mich nicht von jemanden Hottentott und Lausbub bezeichnen und würde auch nicht gestatten, dass ein anders Mitglied so bezeichnet wird. Ich stelle den formellen Antrag, dass den Beschuldigten Gelegenheit gegeben wird, innert 48 Stunden nach Kenntnissgabe des Standpunktes des Landtages eine Rechtfertigung oder eine Entschuldigung abzugeben, oder, soferne sie das nicht tun, die Sache an das Gericht weiter zu leiten.

Dr. Schädler: Was passiert, wenn sie sich entschuldigen?

Präsident: Dann könnte er nach meiner Meinung laufen gelassen werden, aber eine entsprechende Erklärung dem Landtage gegenüber sollen sie abgeben.

Vogt Basil: Solche Sachen verurteile ich auch, aber das sollte gegenseitig sein.

Präsident lässt über seinen Antrag abstimmen, welcher mehrheitlich genehmigt wird.

Vogt Georg fragt an, warum das Subventionsgesuch der Gemeinde Balzers für die Wasserversorgung nicht ~~MEINEN~~ auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Es sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ospelt macht den Antrag, die übrigen Subventionsgesuche auch zu behandeln. Wenn sie etwas bekommen, würden sie den Schulhausbau in Mühleholtz in Angriff nehmen.

Vogt Georg: verweist auch auf das kürzlich eingereichte Gesuch der Gemeinde Balzers um eventuellen Bau des Postgebäudes durch das Land.

Der Landtag glaubt, dass angesichts der niedrigen Verkehrsnote es zweckmässiger sei, einen Privaten bauen zu lassen und zu trachten unter günstigen Bedingungen mit demselben einen Vertrag abzuschliessen.

Fortsetzung nachmittags 2 Uhr.

Reg. Chef bemerkt, dass er beabsichtige, die alten Subventionsgesuche demnächst dem Landtag zur Behandlung vorzulegen.

Allgemein wird der Wunsch ausgesprochen, dieselben in einer Konferenzsitzung zu besprechen.

Beck Jos. wünscht eine Klassifizierung der Gesuche durch die Regierung.

Marxer: glaubt, dass eine Behandlung der Gesuche durch die FK vorteilhaft wäre.

Dr. Schädler: spricht die Meinung aus, dass man nicht in die Konferenzsitzungen zurückfallen dürfe. ~~Man~~ sei<sup>en</sup> in der Öffentlichkeit derart empört, dass es nicht verstanden würde, ewig hinter den Kulissen zu verhandeln.

Präsident: Die Hauptsache ist, wenn wir der Sache dienen und ich halte es für vernünftiger, die Sachen hier vorzusprechen.

Büchel verweist auf die verschiedenen Fraktionen in anderen Ländern und hält für gut, die Landtagssitzungen nicht immer vorher in der Presse bekanntzugeben.

Dr. Schädler: Ich habe auch die Meinung, dass es Sachen geben kann, die nicht vor der Öffentlichkeit besprochen werden können. Wenn eine Konferenzsitzung fällig ist, darüber soll die FK entscheiden.

Mehrheitlich ist der Landtag der Ansicht, den bisherigen Modus der Vorbesprechung im Konferenzzimmer beizubehalten. Die Behandlung der angesammelten Subventionsgesuche soll in einer Konferenzsitzung erfolgen.

Büchel macht die Anregung, dass der Landtag in nächster Zeit einmal den Binnenkanal besichtigen sollte, da viele der Abgeordneten sich hievon keine Vorstellung machen können.

Diese Anregung wird begrüsst und eine Besichtigung demnächst in Aussicht genommen.

Anschliessend öffentliche Landtagssitzung.

*W. H. H. H. H.*  
*Joh. G. H. H.*  
*Ferd. Heidegger*